

rundbrief



Schwerpunkt

HarmoS – klare Ja-Parole der Grünen für die Abstimmung am 28. September

Altes Co-Präsidium

Rosa Rumi und Michael Töngi. Auf Wiedersehen und grossen Dank

Editorial

Ein neues Gesicht

Sie halten den neuen RundBrief in der Hand und fragen sich vielleicht: «Ist das noch der RundBrief, der mir vertraut ist?» Das Erscheinungsbild jedenfalls ist klar anders. Ist es auch besser? Urteilen Sie selbst! Mir persönlich gefällt das neue Kleid. Auch wir passen unsere Kleider ab und zu unserem veränderten Geschmack oder unserer Figur an. Und ich versichere Ihnen, inhaltlich bleibt sich der RundBrief treu mit aktuellen «grünen» Themen aus Kanton und Partei.

Der RundBrief wurde vom Luzerner Grafiker Thomas Küng neu gestaltet. In die Wege geleitet haben die Neugestaltung Rosa Rumi und Michael Töngi, meine Vorgänger im Co-Präsidium der Grünen Luzern. Ich möchte ihnen bei dieser Gelegenheit für ihre gute inhaltliche und strukturelle Arbeit danken. Monique Frey und ich übernehmen eine gut funktionierende Parteileitung. Wir, die neuen Co-Präsidentinnen, wollen nicht prinzipiell alles neu machen, sondern entwickeln und weitergestalten, was andere vorbereitet haben.

Online kommt unser Newsletter neu daher, entwickelt von Roman Brusa und Natalie Kamber. Wer zusätzlich das Feed zum Blog abonniert, ist immer über die neusten Beiträge auf dem Laufenden. Die

Kommentare werden sicher vielfältig und kontrovers sein.

Nicht nur bei uns Grünen ist einiges neu. Im September werden neu gewählte Gemeinde- und StadträtInnen sowie neu zusammengesetzte Parlamente ihre Arbeit aufnehmen. Wir wünschen dazu all unseren VertreterInnen Mut und Erfolg. Im Wahlkampf haben sich zwar fast alle Parteien ökologisch gegeben, im politischen Alltag werden wir aber für die Umsetzung von grünen Forderungen kämpfen müssen.

Ende November steht die Abstimmung über das Verbandsbeschwerderecht an. Es soll praktisch abgeschafft werden – weil es unbequem ist, wenn sich Verbände bei Überbauungen, Strassen und anderen Bauprojekten für ökologische Anliegen einsetzen. Wir werden auf das Verbandsbeschwerderecht nicht verzichten und zählen deshalb auf euer Engagement bei Standaktionen und beim Verteilen von Abstimmungsunterlagen.



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin Grüne Luzern
Luzern*



Kantonale Abstimmung vom 28. September

Ja zu einer starken Schule

Mit dem HarmoS-Konkordat harmonisieren die Kantone Eintrittsalter, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen der obligatorischen Schule und deren Übergänge. Im Kanton Luzern hat der Kantonsrat die Vorlage im Dezember 2007 mit 71 zu 34 Stimmen gutgeheissen. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen.

Die Grünen Luzern haben sich an ihrer Mitgliederversammlung klar für den Beitritt des Kantons zum HarmoS-Konkordat ausgesprochen (siehe Kasten). Die Argumente sind auf der Website des Pro-Komitees kompakt ausgebreitet (www.jazuharmos.ch). Der vorliegende RundBrief-Artikel wirbt für ein Ja zur Vorlage, weil HarmoS die Grundbedingungen für eine zeitgemässe Volksschulbildung verbessert und Veränderungen in Gesellschaft, Erziehung und Familie Rechnung trägt. HarmoS setzt alte grüne Forderungen wie Tagesstrukturen, Integration und Chancengleichheit um und reagiert damit auf veränderte Realitäten wie beispielsweise in der Berufswelt (Arbeitsteilung) und der Familie (Modellvielfalt).

Warum ein Referendum?

Als sich im Mai 2006 über 85 Prozent der Stim-menden für eine neue Verfassung aus-

sprachen, wollten sie die Volksschule vom Kan-tönlicheist befreien und ihre Strukturen besser koordiniert wissen. Ein Jahr später legte die Kon-ferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren mit dem Projekt HarmoS den Lackmустest zum neuen Bildungsartikel vor. Regte sich anfänglich gegen dieses Projekt wenig politischer Widerstand, ent-deckte es die SVP auf ihrer konstanten Suche nach Wählergunstthemen und erklärte es zur bildungs-politischen Kampfzone. Diese Reform mit viel gesellschaftspolitischem Zündstoff («Staatskinder à la DDR!», «Demontage gut funktionierender Fa-milien!», «Entmündigung aller Eltern!») dient als Vehikel für den Versuch, die Bildungspolitik zum neuen SVP-Kernthema zu machen.

Die Entdeckung der Kindheit

Die emotionalisierte Debatte rund um das HarmoS-Konkordat suggeriert, verantwortete Elternschaft sei gleichbedeutend mit der möglichst langen Eigenbetreuung der eigenen Kinder. Mir liegt die gegenteilige Auffassung näher: Danach bedeu-tet verantwortete Elternschaft eher, einem Kind das Recht zu geben, frühzeitig unter Gleiche und Andere zu kommen, sich mit Gleichen und Ande-ren auseinanderzusetzen. HarmoS geht von einer Werthaltung aus, wonach das Wohl des Kindes



gerade im Hinblick auf seine spätere persönliche und schulische Entwicklung höher zu gewichten ist als das Bedürfnis von Eltern, die nicht loslassen können oder wollen. Letztlich geht es m.E. um die Frage, wie viel Eigenerfahrung wir unseren Kindern zutrauen wollen.

Mitgliederversammlung vom 25. Juni 2008

Nach einer engagierten Diskussion haben die Grünen an ihrer Mitgliederversammlung klar die Ja-Parole für HarmoS beschlossen. Die Grünen sehen die grossen Vorteile der Harmonisierung. Positiv bewertet werden auch die Artikel, die eine Integration und Chancengleichheit von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache fördern.

Flankierende Massnahmen braucht es aber für die Sicherung der Schulwege (was die Grünen übrigens seit langem fordern). Die Unfallstatistik zeigt, dass die Sicherheit der Schulwege auch für ältere Kinder mangelhaft ist. Am meisten zu diskutieren gab an der Versammlung die Altersfrage. Die guten Erfahrungen in vielen anderen Kantonen mit dem zweijährigen Kindergarten und die hohe Akzeptanz der Eltern, die ihre Kinder auch wirklich schicken, haben jedoch viele Befürchtungen zerstreut.

Parole: JA

Rund um HarmoS wird an Podien, in Leserbriefen und Abstimmungsunterlagen einerseits das Lied von der verlorenen Kindheit, von der Vertreibung aus dem Paradies und von der zarten Seele der Vierjährigen gesungen, die mit der Einführung von HarmoS an den bösen Wolf «Volksschulbildung» ausgeliefert würden. Andererseits wird die SVP im Kantonsrat nicht müde, gnadenlose Selektion, härtesten Leistungsdruck und absolutes Notenprimat in der Volksschulbildung zu fordern. Es bereitet grosse Mühe mitzuverfolgen, wie SVP-Exponenten bei HarmoS die Fahne des Kindwohls hissen und – wenn es um die Volksschule geht – den Knüppel von Leistung und Selektion in die Hand nehmen. Entdeckung und Schutz der Kindheit sind der SVP schlicht nicht abzunehmen. Ihren Versuch, die Vierjährigen und den Kindergarten für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, finde ich höchst problematisch.

Was will HarmoS effektiv?

Für uns von der grünen Fraktion geht es bei HarmoS primär um die Entwicklung von Qualität: Das Konkordat dient dem Abbau von Ungleichheiten zwischen den Kantonen, führt zu verbesserter Durchlässigkeit bei Wohnortswechseln, legt übergeordnete Ziele der obligatorischen Schule fest, sieht eine Reihe von Instrumenten der Sys-

tementwicklung und Qualitätssicherung vor und setzt einen Meilenstein in Sachen Organisation des Schultages (Betreuungsangebote). Gleichzeitig werden die bisherigen Lösungen bezüglich Schuleintrittsalter und Schulpflicht aktualisiert.

Das Konkordat schafft damit landesweit gleiche Chancen für alle: Strukturen und Ziele der Schule werden harmonisiert, die Qualität der Bildung wird auf hohem Niveau gesichert. Bei einem Kantonswechsel sind Kinder nicht länger benachteiligt. HarmoS kommt auch berufstätigen Erziehungsberechtigten entgegen. Die Gemeinden sorgen dafür, dass die SchülerInnen vor und nach dem Unterricht gut betreut sind, sofern dies die Erziehungsberechtigten wünschen. Das Angebot ist kostenpflichtig, die Gemeinden können sich bei Bedarf zusammenschliessen.

Welche Bereiche werden harmonisiert?

Das HarmoS-Konkordat harmonisiert vier grosse Bereiche:

■ Einheitliche Strukturen

Der obligatorische Kindergarten- bzw. Schuleintritt erfolgt mit dem erfüllten vierten Altersjahr und damit im fünften Lebensjahr. Das Kind wird – abgestimmt auf seine individuelle Entwicklung – schrittweise ans Lernen herangeführt. Die Primarstufe inklusive Kindergarten dauert acht Jahre, die Sekundarstufe drei Jahre.

■ Einheitliche Ziele

Erstmals wird gesamtschweizerisch festgelegt, in welchen Fachbereichen jedes Kind während der obligatorischen Schule eine Grundbildung erhalten soll. Künftig wird es nur noch einen Lehrplan pro Sprachregion geben. Die Lehrmittel werden sprachregional koordiniert. Lehrpläne und Lehrmittel richten sich nach nationalen Bildungsstandards.

■ Gemeinsame Instrumente für Qualitätssicherung und –entwicklung

Es sind national verbindliche Bildungsstandards vorgegeben, und deren Erreichung wird überprüft. Bund und Kantone lassen regelmässig umfassende Informationen zum Bildungssystem erheben. Sie dienen als Grundlage für die Qualitätsentwicklung.

■ Organisation des Schultages

Die beitretenden Kantone verpflichten sich zur Organisation der Unterrichtszeit in Blockzeiten auf der Primarstufe und zum Angebot von bedarfsgerechten Tagesstrukturen. Deren Nutzung ist fakultativ und in der Regel beitragspflichtig.

Umstrittene Punkte

Die Ratsminderheit und das Referendumskomitee lehnen HarmoS ab, weil damit die Bildungskosten der Gemeinden ansteigen würden (2. Kindergartenjahr, Betreuungsangebote ausserhalb des Unterrichts) und weil sie den obligatorischen Eintritt der Kinder in den Kindergarten im fünften



Lebensjahr als zu früh und als Bevormundung der Eltern erachten.

Im Gegensatz dazu halten die BefürworterInnen den obligatorischen Kindergarteneintritt mit vier bis fünf Jahren aus pädagogischen und gesellschaftlichen Gründen für richtig, sofern im Einzelfall wie geplant Ausnahmen gemacht werden können (bei fehlender Reife). Sie gehen davon aus, dass die Mehrkosten durch die sinkenden Schülerzahlen kompensiert werden können.

HarmoS regelt in den Grundzügen, dass der Normaleintritt in den Kindergarten im fünften Lebensjahr erfolgt. Damit ermöglichen wir es allen Kindern, über den eigenen Gartenzaun zu blicken und zu merken, dass es noch anderes gibt als die Küchenschürze der Mutter und die Briobahn. (In der vermutlich gesamtgesellschaftlich gesehen realistischeren Version: dass es noch anderes gibt als die kalte TV-Fernbedienung, den kurzen Natel-Kontrollanruf und die triste Gamekonsole.)

Ja zu HarmoS!

Die Grünen Luzern haben sich klar für den Beitritt des Kantons zum Konkordat ausgesprochen

und sind im Pro-Komitee vertreten. Es freut uns, wenn ihr die Aktivitäten unseres Komitees unterstützt und dem Komitee beitrete, weiteres unter www.jazuharmon.ch. Und im Speziellen natürlich am 28. September 2008 ein überzeugtes Ja in die Urne legt!



*Nino Froelicher
Kantonsrat Grüne
Kriens*

Finanziell solide AHV

Jetzt flexibles Rentenalter einführen

Die AHV-Finzen sind kerngesund. Die Wirtschaft läuft gut, und die Renten sind auf lange Frist sicher. Deshalb ist es Zeit, das flexible Rentenalter einzuführen.

Die AHV ist gesund. Trotzdem versuchen bestimmte politische Kreise, dieses wichtigste Sozialwerk fast systematisch krankzureden. Die Absicht dabei: Man sucht Gründe für einen Leistungsabbau, doch die Argumente fehlen. Natürlich sind die demografischen Entwicklungen nicht positiv für die AHV, aber Schwarzmalen ist falsch.

Positive AHV-Abschlüsse

Die AHV ist sicher. Probleme hatte sie in der Wirtschaftskrise der Neunzigerjahre mit schlechter Beschäftigungslage, hoher Arbeitslosigkeit und stagnierenden bis sinkenden Löhnen. Damals sank der Bestand des AHV-Fonds unter die vorgeschriebene Höhe von 100 Prozent einer Jahresausgabe. Seit 1999 fliesst der AHV der Ertrag von 0,83 Mehrwertsteuerprozent zu, was sie finanziell stabilisiert. Ausser 2002 sind die Jahresergebnisse seit 2000 durchs Band positiv, der Fonds liegt wieder bei über 100 Prozent einer Jahresausgabe.

Über-Vorsicht unangebracht

Ende 2007 enthielt der AHV-Fonds rund 34 Milliarden Franken; das sind über 20 Milliarden mehr, als der Bundesrat in der Botschaft zur abgelehnten 11. AHV-Revision angegeben hatte. Das heisst: Prognose und reale Entwicklung liefen in den letzten zehn Jahren weit auseinander. Auch die Voraussagen in der neu aufgelegten 11. AHV-Revision liegen kräftig daneben. Das Ergebnis von 2007 beträgt plus 1.5 Milliarden Franken; vorausgesagt wurde ein Überschuss von 0,2 Milliarden. Im Vorjahr lag die Differenz sogar bei 2,5 Milliarden Franken (Vorgabe ebenfalls nur 0,2 Milliarden Franken).

Bundesrat viel zu pessimistisch

Klar, AHV-Berechnungen und -Prognosen bedürfen der Vorsicht, denn die AHV muss sicher bleiben. Was sich aber in den vergangenen zehn Jahren abgespielt hat, sprengt den Rahmen. Eine Differenz von 20 Milliarden Franken lässt sich nicht allein mit Vorsicht begründen. Das Problem ist: Wenn die Wirtschaftsentwicklung ähnlich wie in den letzten fünfzehn Jahren verläuft (mit Hochs und Tiefs), setzt sich dieser Widerspruch fort.

Die wiederholt grossen Differenzen zwischen Prognose und AHV-Rechnung haben den Na-

tionalrat veranlasst, ein Postulat von mir anzunehmen. Darin fordere ich einen Zusatzbericht mit den aktuellen Zahlen zur AHV und eine Überprüfung der Berechnungsgrundlagen. Der Bericht soll auf die Herbstsession hin vorliegen.

Verbesserungen finanzierbar

Die AHV steht finanziell solide da, Zuversicht ist hinsichtlich ihrer langfristigen Sicherheit berechtigt. Der Standort Schweiz ist auch in Zukunft produktiv und wettbewerbsfähig und hat attraktive Arbeitsplätze zu bieten. Zwar wird sich die Zahl der Arbeitenden pro RentnerIn weiter verringern, doch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und mit ihr der Löhne wird vieles davon wettmachen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, das AHV-Alter ab 62 Jahren so zu flexibilisieren, dass es sich alle Einkommensklassen leisten können. Das wollte schon die AHV-Initiative von uns Grünen, jetzt verlangt es eine Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes – mehr dazu im nächsten RundBrief.



Louis Schelbert
Nationalrat Grüne
Luzern

Ueli-Hof-Fest 2008

Samstag 20. September 2008 von 9-16 Uhr



Wir freuen uns auf Sie:
Gross & Klein sind herzlich willkommen!

- Führungen auf dem Bio-Hof Mättwil in St. Niklausen (LU)
- Degustation feiner Bio-Fleischspezialitäten
- Verkauf von Bio-Erzeugnissen und Leckerem vom Grill
- Musikalische Intermezzi
- Attraktionen für Kinder

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil · 041 342 05 45 · www.uelihof.ch

Referendum gegen Biometriezwang

Der Fingerabdruck in der Datenbank

Nach dem Willen von Bundesrat und Parlament sollen ab März 2010 sämtliche neuen Schweizer Pässe und Identitätskarten (ID) zwingend mit einem RFID-Chip bestückt werden und biometrische Daten über Fingerabdruck und Gesicht enthalten. Zudem werden diese Daten in einer neuen zentralen Datenbank beim Bund gespeichert. Auch ausländischen Behörden und sogar privaten Gesellschaften (z. B. Transportunternehmen) soll Zugriff auf diese Daten gewährt werden.

Der Bundesrat begründet die Notwendigkeit eines neuen «Passes 2010» mit dem Schengen-Abkommen. Dort ist jedoch keine Rede davon, dass die Daten in einer zentralen Datenbank gespeichert werden müssen, ebensowenig, dass nebst dem Pass zusätzlich biometrische IDs erstellt werden müssen. Die Schweizer Regelung geht somit weit über die von der EU und den USA geforderten Massnahmen hinaus.

Verlust der persönlichen Wahlfreiheit

Auf besonders grosses Unverständnis stösst, dass die Wahlfreiheit wegfällt. Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss wird nämlich allen Schweizer Bürgern die Freiheit genommen, zwischen einem biometrischen und einem nicht-biometrischen Pass (bzw. ID) wählen zu können. Dies ist eine massive Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. Wer nicht bereit ist, sich vom Staat

biometrische Daten abnehmen und in einer zentralen Datenbank speichern zu lassen, wird in Zukunft nicht einmal mehr die Möglichkeit haben, eine ID zu besitzen als Beweismittel des Schweizer Bürgerrechts im Inland.

In Deutschland musste die Regierung erst vor kurzem nach heftigen Protesten genau die gleichen Pläne eines umfassenden Biometriezwangs begraben. Die Folge: Deutsche werden auch künftig die Wahl haben, ob sie ihre Fingerabdrücke auf der neuen ID erfasst haben möchten oder nicht.

Was der Biometriezwang bedeutet

- Mit RFID kann jeder Schritt eines Menschen überallhin verfolgt werden.
- Pässe und IDs mit einem RFID-Chip können von unautorisierten Personen sehr einfach gehackt werden.
- Bei RFID und einer Speicherung der persönlichen Daten in einer zentralen Datenbank ist der Datenschutz nicht gewährleistet.
- Durch die zunehmende «Verchipung» von Konsumgütern und nun auch von Ausweispapieren wird einer weiteren Ausbreitung des Überwachungsstaats Tür und Tor geöffnet.

Widerstand auf breiter Front

Gegen den Bundesbeschluss regt sich Widerstand auf einer breiten politischen Front. Der Schweizer Parlamentsbeschluss unterliegt dem Referendum. Bis am 2. Oktober 2008 müssen 50'000 Unterschriften gesammelt werden, um eine Volksabstimmung in dieser wegweisenden Frage zu ermöglichen. Das überparteiliche Komitee gegen biometrische Pässe und IDs hat am 18. Juli 2008 offiziell die Unterschriftensammlung gestartet.

Unterschreiben auch Sie den beiliegenden Unterschriftenbogen. Ausführliche Informationen zum Sachverhalt sowie Videos zum Thema finden Sie auf der Internetseite des Referendumskomitees unter www.freiheitskampagne.ch.



Natalie Kamber
Sekretärin Grüne Luzern
Luzern

stattkino

ab 4. Sept.
FAUT QUE CA DANSE
von Noémie Lvovsky

ab 18. Sept.
SAVAGE GRACE
von Tom Kalin

ab 9. Oktober
SONHOS DE PEIXE
von Kirill Mikhanovsky

ab 25. Sept.
COMRADES IN DREAMS
von Uli Gaulke

ab 23. Okt.
IL Y A LONGTEMPS QUE JE T'AIME
von Philippe Claudel

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm - www.stattkino.ch

Integrationspolitik von Bund und Kanton Luzern

Wo bleibt der Diskurs?

Seit der Einführung des Integrationsartikels 1998 hat die Schweiz offiziell eine Integrationspolitik. Über den neu eingerichteten Förderkredit finanzierte der Bund seither Integrationsprojekte, sofern sich Kantone und Gemeinden an den Kosten beteiligten. Neu finanziert der Bund keine Einzelprojekte mehr, sondern nur noch kantonale Programme. Viele Fragen bleiben dabei offen.

Mit dem neuen Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer AuG (1.1.2008 in Kraft getreten) hat der Bund ein Schwerpunkteprogramm für 2008 bis 2011 bestimmt. Die Schwerpunkte sind:

1. Erwerb einer Landessprache
 2. Aufbau von Fachstellen (wie «Ausländerdienste» und Vermittlungsstellen für interkulturelle ÜbersetzerInnen) sowie
 3. Pilotprojekte von gesamtschweizerischer Bedeutung zur Entwicklung der Integrationspraxis.
- Für die Umsetzung des ersten Schwerpunktes schliesst der Bund mit interessierten Kantonen Rahmenverträge ab.


Das Interesse des Bundes an einer gelungenen gesellschaftlichen Integration bzw. am raschen Zugang zur Aufnahmegesellschaft kann zwar als positiv bewertet werden, bei der Integrationsvereinbarung lässt sich aber eine einseitige Perspektive der Verpflichtung feststellen. In der Praxis reduziert sich die neue Politik auf den Erwerb der

am Wohnort gesprochenen (Schweizer) Sprache und die Informationspflicht der Behörden (Information über gesellschaftliche Verhältnisse, das Rechtssystem usw.). Der neue Integrationskredit führt dazu, dass der Kanton Luzern künftig weniger Bundessubventionen als bis anhin erhalten wird. Ausserdem will der Bund nicht in vielen Integrationsbereichen aktiv werden. Der Wille zu einer umfassenden Integrationspolitik des Bundes lässt sich also nicht erkennen.

Spracherwerb wird überbewertet

Folgende Probleme können in der Integrationspolitik des Bundes festgestellt werden:

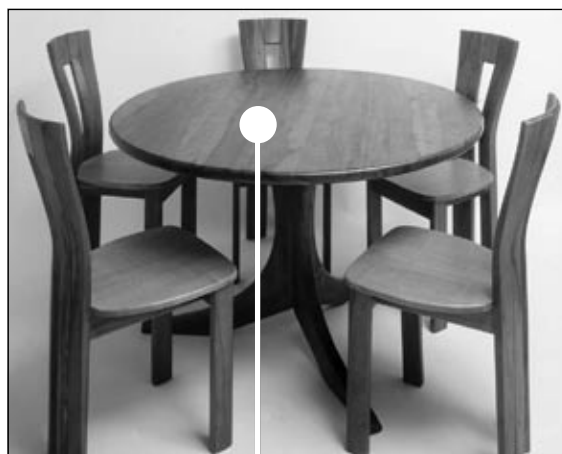
1. Gestaltung und Fortschritte in der Integration sind individuell sehr unterschiedlich. Dies müsste beim Abschluss einer Integrationsvereinbarung berücksichtigt werden. Die Integrationsvereinbarung bezüglich Spracherwerb wird nur mit neu einreisenden Personen von bestimmter Herkunft abgeschlossen und hält mögliche Folgen einer Nichterfüllung fest. Die Vereinbarung wird dabei mit der Aufenthaltsbewilligung verknüpft. EU-BürgerInnen sowie PartnerInnen ausländischer Herkunft von Schweizer BürgerInnen werden nicht zu einem ähnlichen Vertrag verpflichtet.
2. Der Bund schliesst nicht nur kleine Integrationsprojekte, die er früher mitfinanzierte, aus, sondern auch das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen, die Bildungsfrage, die Sensibilisie-



P

**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42
WWW.PATRICKSTEINER.CH



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner,
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Fon 041 360 82 83
www.holzding.ch

rung der Schweizer Fachkräfte für interkulturelle Kompetenzen, die Schaffung eines günstigen Integrationsklimas und einer Willkommenskultur und anderes mehr.

3. Anstatt allein ausländische Personen mit bestimmter Herkunft anzuvisieren, wäre es beispielsweise überlegenswert, ob man etwa Personen, die sich fremdenfeindlich verhalten, nicht auf eine Integrationsvereinbarung verpflichten und die Aufnahmegesellschaft stärker in den Integrationsprozess miteinbeziehen müsste.

Fazit: Die Integrationspolitik des Bundes garantiert nicht Rechtssicherheit für alle, sondern schafft zwei Kategorien von AusländerInnen. Landessprachliche Kenntnisse sind zwar ein wichtiges Instrument für die Integration, die Sprache wird aber als Indikator von Integration bzw. als Integrationsziel überbewertet.

Integrationspolitik des Kantons Luzern

Die kantonale Integrationsförderung ist einerseits abgestimmt auf die Massnahmen des Bundes. Weil der Bund keine umfassende Massnahme vorsieht, müssen der Kanton und die Gemeinden für eine umfassende Integration günstige Rahmenbedingungen schaffen (AuG Art. 53), damit Chancengleichheit und Teilhabe am öffentlichen Leben gefördert werden.

Die kantonale Fachstelle für Gesellschaftsfragen berät die Regierung, die Dienststellen der kantonalen Verwaltung und die Gemeinden. Sie prüft die eingereichten Projektgesuche im Rahmen der Vereinbarungen mit dem Bund, organisiert Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen und definiert kantonale Schwerpunkte. Die Fachstelle hat Mitte Juni beim Bundesamt für Migration das Programmkonzept für den Schwerpunkt Sprache und Information eingereicht. Auf dieser Grundlage soll der Rahmenvertrag bis 2011 abgeschlossen werden. Gleichzeitig ist die Fachstelle gefordert, die Umsetzung des Informationsauftrags des neuen Ausländergesetzes an die Hand zu nehmen und eine umfassende Strategie zur Integrationsförderung des Kantons zu entwickeln.

Seit Juni dieses Jahres führt das kantonale Amt für Migration Begrüssungsgespräche mit allen neu aus dem Ausland Einreisenden durch. Damit soll eine Willkommenskultur aufgebaut werden. Dieses Gespräch wird mit der Aushändigung der Aufenthaltsbewilligung verbunden.

In vielen Bereichen ist offen, welche Massnahmen der Kanton ergänzend zum Spracherwerb und zur Information trifft und für wen:

- Mit welchen Massnahmen wird im Bereich Bildung die Chancengleichheit gewährleistet (optimaler Übergang von der Vorschule in die obligatorische Schule, Bildung und Beschäftigung für Jugendliche, Unterstützung der Eltern)?
- Mit welchen Massnahmen werden Erwachsene in Spracherwerb und Berufsbildung gefördert? Wie wird der Zugang zu altersspezifischen Informations-, Gesundheits- und Versorgungsangeboten gesichert?
- Wie wird die politische Partizipation (unabhängig vom Bürgerrecht) anvisiert und die einheitliche Regelung des Einbürgerungsverfahrens garantiert?
- Wie werden die interkulturellen Kompetenzen gefördert: bei den Lehrpersonen und Schulbehörden, ArbeitgeberInnen, Vereinen, politischen Parteien, Verwaltungsbehörden etc.?
- Mit welchen Massnahmen bzw. finanziellen Mitteln wird die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Medien vorangetrieben?

Fazit: Es ist noch immer offen, ob und inwiefern der Kanton Luzern bzw. die Gemeinden ergänzend zum Bund umfassende Förderungsmassnahmen treffen werden. Jedenfalls ist seit der neuen Integrationspolitik des Bundes kein politischer Diskurs im Kanton zur Integrationspolitik erkennbar.



Ali R. Çelik
Mitglied kantonalen Vorstand
Luzern



BE | NETZ

Bau und Energie

Photovoltaik
Thermische Solaranlagen
Pelletsheizungen
Haustechnik

BE Netz AG
Bernstr. 57a
CH-6003 Luzern
www.benetz.ch
info@benetz.ch
Tel 041 410 40 70

Initiative für das Ausländerstimmrecht

Mit(be)stimmen!

Die Lebensumwelt mitgestalten und mitbestimmen – das können 15% der Luzernerinnen und Luzerner nicht. Sie sind von der politischen Willensbildung ausgeschlossen, sind Zuschauer. Andere entscheiden über sie, statt sie mitreden zu lassen.

Mit der kantonalen Volksinitiative «Mit(be)stimmen» wollen die Second@s Plus Luzern in der Verfassung verankern, dass «die Gemeinden das Stimmrecht an niederlassungsberechtigte Ausländerinnen und Ausländern gewähren können». Die Initiative läuft seit dem 21. Juni 2008, innerhalb eines Jahres sind 5'000 Unterschriften zu sammeln.

Die Initiative verfolgt das Ziel, Gemeinden zu ermächtigen, das kommunale Stimmrecht an Ausländerinnen und Ausländer zu erteilen. Da die Gemeinden selber darüber entscheiden können, bewirkt die vorgeschlagene Änderung eine Stärkung der Gemeindeautonomie.

Zentraler Faktor für Integration

Die Ausübung politischer Rechte am Wohnort ist ein zentraler Faktor für die Integration in der lokalen Gemeinschaft. Ein neues Abfallreglement, die Einführung einer Tagesschule oder die Revision einer Bau- und Zonenordnung betrifft nicht nur die BürgerInnen, die in der Gemeindeversammlung oder an der Urne darüber abstimmen können. Von der Umsetzung sind alle BewohnerInnen betroffen.

Die Möglichkeit und damit das Recht, bei kommunalen Vorlagen mitbestimmen zu können, zeigt AusländerInnen auch, dass sie von ihren Schweizer MitbürgerInnen ernst genommen werden. Un-

tersuchungen zum Ausländerstimmrecht in den Kantonen Neuenburg und Jura zeigen, dass die Gewährung von politischen Rechten im engeren Sinn die gesellschaftliche Integration positiv beeinflusst. Ausserdem stärkt die Tatsache, dass das Ausländerstimmrecht vorhanden ist, durch seinen Symbolcharakter das subjektive Integrationsempfinden der AusländerInnen.

Unterstützung notwendig

Mit der Initiative wird der Weg geebnet, damit in Gemeinden das Ausländerstimmrecht eingeführt werden kann. Um die notwendigen Unterschriften zusammenzubringen, brauchen wir auch eure Unterstützung! Wir sind seit dem Start jeden Samstag an Standaktionen am Sammeln und haben bereits etwa 1000 Unterschriften beisammen. Bitte benutzt den beigelegten Unterschriftenbogen und unterstützt die Initiative, damit setzt ihr ein Zeichen für mehr Demokratie und bessere Integration!

Ylfete Fanaj und Gürcan Sahin geben bei Fragen gerne Auskunft (guercan965@hotmail.com und y.fanaj@gmail.com). Weitere Informationen findet ihr unter www.ausländerstimmrecht-lu.ch.



*Ylfete Fanaj
Vorstand Second@s Plus Luzern
Luzern*

Sektion Luzern
SECONDOS PLUS



Revision des Kulturförderungsgesetzes

Vielfalt und offene Gesellschaft stärken

Am Mittwoch, 24. September 2008, wird im Restaurant Adler in Emmenbrücke über Kulturpolitik debattiert (Beginn 19.30 Uhr). Zur Diskussion lädt eine überregionale Arbeitsgruppe der Grünen ein, die vor gut einem halben Jahr ihre Arbeit aufgenommen hat.

Im Adler soll es nicht nur um Kulturraumpolitik und um kulturellen Freiraum gehen, sondern auch um ein umfassenderes grünes Anliegen: die Revision des kantonalen Kulturförderungsgesetzes. Der Zeitpunkt für die Diskussion ist gut gewählt. Die Kantone Aargau und Bern arbeiten an ihrer Kulturgesetzgebung, und auch in Bundesbern brütet die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur über einem neuen Gesetz. Mit dem vorliegenden Revisionsvorschlag wollen die Grünen nun auch im Kanton Luzern zu einer breiten kulturpolitischen Diskussion anstossen und ein Zeichen setzen.

Drei Forderungen

Wir schlagen folgende drei Forderungen vor:

- Die klassische Forderung, das Kulturprozent: Die Grünen fordern, dass dem Kanton für die Erfüllung seiner kulturellen Aufgaben jährlich ein Prozent der im Finanzvoranschlag vorgesehenen Gesamtausgaben zur Verfügung steht. Ein Teil dieser Mittel soll in einen Ausgleichsfonds fliessen, der zur Aufgabe hat, unterschiedliche Fördermöglichkeiten der Regionen auszugleichen und damit den Kultur- und Kunstschaaffenden gleiche Chancen zu bieten.
- Die soziale Forderung, die Berufsankennung und die soziale Sicherheit: KünstlerInnen haben durchschnittlich ein geringes und unregelmässiges Einkommen. In der Regel

können sie keine ausreichende Altersvorsorge aufbauen und sich nicht umfassend gegen Notlagen absichern. Für die Grünen ist es deshalb vorrangig, diese Lücke zu schliessen. Der Kanton sorgt dafür, dass der Zugang zu sozialer Sicherheit für professionelle Kunstschaaffende in gleichem Masse gewährleistet ist wie für andere Berufsgattungen. Er trägt dabei den Besonderheiten der beruflichen Situation der Kunstschaaffenden Rechnung.

- Die übergreifende Forderung, die Kulturverträglichkeitsprüfung:

Erhaltung und Förderung der Vielfalt sind nicht nur bei der Ausgestaltung der Kulturpolitik, sondern auch bei der Regelung anderer Bereiche in angemessener Weise zu berücksichtigen. Die Grünen fordern deshalb die Einführung einer Kulturverträglichkeitsprüfung für Entscheidungen von Tragweite. Ein überparteiliches Gremium stellt einen Katalog von Mindestanforderungen auf.



Adi Blum
Mitglied kantonalen Vorstand
Emmenbrücke

Kulturpolitisch Interessierte gesucht

Wer in der Arbeitsgruppe Kultur mithelfen und mitdenken möchte, ist herzlich willkommen. Für Rückfragen oder Anmeldungen kann frau/mann mit adi.blum@gruene-luzern.ch Kontakt aufnehmen oder ihn anlässlich der Veranstaltung vom 24. September direkt ansprechen.

M V

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme Mängel in der Wohnung

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Rücktritt aus dem Kantonsrat

Herzlichen Dank, Peter!

In der Junisession 2008 ist Peter Lerch aus dem Kantonsrat zurückgetreten. Er gehörte dem Kantonsrat seit 2001 an und blickt auf eine insgesamt 23-jährige parlamentarische Tätigkeit zurück (Einwohnerrat Emmen, danach Kantonsrat). Peter liess nicht locker, die Gegner mit viel Logik und klarem Sachverstand von seinem Standpunkt zu überzeugen.

Peter zu verabschieden heisst ein Vierteljahrhundert parlamentarischer Arbeit zu würdigen. Kein leichtes Unterfangen also. Um es mit Peters Worten aus seinem Rücktrittsschreiben aus dem Kantonsrat auszudrücken: «Ich trete nicht gerne zurück, da die parlamentarische Tätigkeit, zuerst im Einwohnerrat Emmen und seit 2001 im Grossen Rat des Kantons Luzern, seit 23 Jahren ein wichtiger Teil meines Lebens ist.»

Nur ungern lassen auch wir von der Fraktion Peter ziehen, doch haben wir natürlich Verständnis für seinen beruflich bedingten Entscheid. Peter nimmt das nächste Vierteljahrhundert in Angriff und kann sich nun freier seinen Aufgaben rund um den Erdball widmen. Worin diese u.a. nach Australien und Neuseeland führende Tätigkeit (um nur die weitesten Destinationen zu nennen) besteht, hat mit Software-Entwicklung sehr viel, mit Kommunizierbarkeit in wenigen Zeilen aber herzlich wenig zu tun. In aller Kürze: Peter macht als Informatiker etwas, was sonst niemand macht. In Abwandlung des grünen Leitspruchs von «denke global – handle lokal»: Peter handelt global und denkt dennoch auch lokal.

Sachlichkeit und Präzision

Querbeet durch alle Parteien schätzte man Peters ruhige, sachliche und präzise Arbeit. Aus den Departementen wird kolportiert, dass die Hausjuristinnen bei der Ausarbeitung jeder Gesetzesvorlage darüber spekulierten, ob Peter nicht irgendwo eine nicht bedachte Lücke finden würde. Peters Gänge mitten in der Verhandlung quer durch den Ratssaal in Richtung der kantonalen Rechtssammlung sind legendär. Nach kurzem Blättern und noch kürzerer Lektüre setzte sich Peter jeweils wieder an seinen Platz, um dem versammelten Rat anschliessend logisch darzulegen, warum dieser oder jener Passus einer Vorlage oder eines Antrags den Anforderungen an eine kohärente Rechtssetzung nicht genüge und deshalb gutzuheissen oder abzulehnen sei. Dass die Mehrheit seiner Argumentation danach wider besseres Wissen dennoch oft nicht folgte, hat mit den Realitäten grüner Parlamentsarbeit zu tun: Man will im Rat nicht wahrhaben, was man eigentlich wahrnehmen müsste.



Peter war Mitglied der Aufsichts- und Kontrollkommission (2001 bis 07) und der Justiz- und Sicherheitskommission (2006 bis 08). Er arbeitete auch in diversen Spezialkommissionen mit (z. B. Begleitgruppe New Public Management). Als Stimmzähler erzielte er regelmässige Traumergebnisse.

Die Fraktion der Grünen verliert mit Peter einen beharrlichen Logiker, der zuhören, nachdenken, nachblättern und dann im argumentativen Sinne zuschlagen konnte. Vermissen werden wir Peter schliesslich auch im geselligen Teil der Fraktionsarbeit: Der Mann isst schneller als sein Schatten! Weshalb er nicht wortwörtlich in seinem Amte aufging, wird uns ein ewiges Rätsel bleiben ... Wir wünschen Peter alles Gute und freuen uns darüber, dass er als Mitglied der Kerngruppe Emmen der lokalen Politik erhalten bleibt. Herzlichen Dank für deine grosse geleistete Arbeit, Peter!



*Nino Froelicher
Kantonsrat Grüne
Kriens*

Familienergänzende Kinderbetreuung

Städtische Initiative zurückgezogen

Anfang Juni hat das Komitee die Initiative für eine kinder- und elternfreundliche Stadt zurückgezogen, denn die Stadt nimmt die Anliegen der Initiative weitgehend auf. Für Luzern und Littau ist ein weiterer Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung im Vorschul- und Schulalter geplant.

Im März 2008 stimmte die Mehrheit des Stadtparlamentes einem Gegenvorschlag des Stadtrats zu, welcher die Anliegen der Grünen weitgehend aufnimmt. Inn Reglementen soll festgehalten werden, dass die Stadt familienergänzende Kinderbetreuung bedarfsgerecht plant und anbietet. Angesichts der bevorstehenden Fusion von Littau und Luzern erscheint dem Initiativkomitee diese Verankerung sinnvoller als eine Änderung der Gemeindeordnung. Deshalb haben die InitiantInnen entschieden, die Initiative zurückzuziehen.

Vieles ist erreicht, einiges bleibt noch zu tun, so das vorläufige Fazit. Offen und diskutabel sind Fragen bezüglich der Qualitätsentwicklung in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Das Initiativkomitee hat deshalb Empfehlungen zuhanden der Bildungs- und Sozialdirektion verfasst.

Diese Empfehlungen umfassen drei Punkte:

1. Sichere Wege zwischen Elternhaus, Schule/Kindergarten und Kindertagesstätte:

Kinder im Alter zwischen vier und acht Jahren brauchen sichere (Vor-)Schulwege. Es braucht ein Konzept, wie kleine Kinder auf ihren Wegen zwischen den verschiedenen Institutionen begleitet werden.

2. Spiel und Bewegung auch in den additiven Tagesschulen:

Die additive Tagesschule soll den Kindern ermöglichen, sich zu entspannen, zu spielen und sich zu bewegen. Die engere Verbindung zwischen Unterricht und Betreuung soll nicht zu einer «Verschulung» der Freizeit führen.



Die Grünen Luzern bei der Übergabe des Rückzugsschreibens am 6. Juni 2008 vor dem Stadthaus (von links nach rechts): Edith Lanfranconi (Grossstadträtin Grüne), Daniel Egli (Stadtkanzlei Luzern), Agatha Fausch (Grossstadträtin Grüne) und vom Vorstand der Grünen Stadt Luzern Chris Kravogel, Cécile von Reding, Rita Meyer und Hanspeter Hug. Vorne: Tia, Aaren und Jaro. (Foto: Steffi Wyss)

3. Personal und Nachwuchs:

Die vorschulische und schulische Kinderbetreuung braucht genügend qualifiziertes Personal. Die städtischen Kindertagesstätten sollen genügend Ausbildungsplätze für angehende Kleinkinder-ErzieherInnen und Fachangestellte Kinderbetreuung bereitstellen.



Agatha Fausch
Grossstadträtin Grüne
Luzern

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf: Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34, Postfach 4035, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: lu@gruene.ch; Redaktion: Natalie Kamber, Christian Fischer; Korrektorat: Nina Ceresa; Fotos: Jakob Ineichen
Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: gegendruck@rat.ch
Erscheinung: 5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare; Abonnement: Ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo ein Jahr Fr. 60.-

Frühlingspalaver mit Ilona Geissbühler

Suffizienz – Wandel statt Wachstum

Zum letzten Palaver der bereits dritten Auflage trafen sich etwa 20 Interessierte im Sentitreff. Als Expertin war Ilona Geissbühler eingeladen, die zu Beginn einen guten Überblick über das Thema Suffizienz gab.

Unser heutiges Wirtschaftssystem ist auf (quantitatives) Wachstum ausgerichtet. Wächst die Wirtschaft eines Landes nicht, droht eine Rezession und damit ein Verlust an allgemeinem Wohlstand. Das Problem an diesem System liegt in der Endlichkeit unserer Ressourcen. Gerade in letzter Zeit häuften sich Nachrichten über einen sich abzeichnenden Öl- und Nahrungsmangel.

Sich beschränken vs. das rechte Mass finden

Es wäre also nötig, sich zu beschränken. Dies steht aber einerseits quer zur heutigen Marktlogik, in der die Wirtschaft nur läuft, wenn alle Leute immer mehr konsumieren. Andererseits hat das Wort «sich beschränken» einen negativen Beigeschmack; es tönt zu sehr nach Verzicht. Es wäre also wichtig, den Begriff Suffizienz positiv umzu-deuten, man könnte ihn z. B. mit «das rechte Mass finden» übersetzen.

Um eine Systemreform von der kapitalistischen zur suffizienten Wirtschaft durchführen zu können, müsste man in erster Linie das Bewusstsein der Menschen ändern. Statt Gewinnmaximierung müsste das richtige Mass im Vordergrund stehen. Unsere Definition von Wohlstand müssten wir überdenken: Wohlstand hiesse nicht mehr, möglichst viele materielle Güter anzuhäufen, sondern weniger zu verdienen und dafür mehr Zeit und Musse zur Verfügung zu haben. Statt sich hauptsächlich über die bezahlte Arbeit zu definieren, würde man eine bessere Work-Life-Balance finden.

Quantitatives oder qualitatives Wachstum

In der Diskussion wurde als Erstes erwähnt, dass das Streben nach mehr und Höherem ein Grundbedürfnis des Menschen sei (z.B. würden wir uns ja auch wünschen, dass die Grünen noch wachsen), das müsse ja nicht unbedingt schlecht sein. Darauf wurde erwidert, dass Entwicklung ja nicht nur Wachstum heisse. Man könnte ja seine Kräfte auf ein qualitatives Wachstum, also auf eine Verbesserung von schon Bestehendem konzentrieren. Ausserdem sei vor allem das Übermass schlecht, nicht moderates Wachstum.

Gefangen- und Befangenheit im System

Im Moment ist es praktisch unmöglich für Einzelne, aus dem heutigen System auszubrechen. Beispiel Biolandbau: Im Moment herrscht ein Bioboom,

daher steigt der Druck auf die Biobäuerinnen und -bauern, mehr zu produzieren, was im Endeffekt den Biolandbau untergraben kann, weil die Versuchung gross ist, mit Hilfe von unbiologischen Mitteln mehr zu produzieren. Vom Biolandbau können wir aber lernen, dass geschlossene Kreisläufe enorm wichtig sind.



Elisabeth Germann und Maya Helfenstein

Bewusster und gedankenloser Konsum

Die KonsumentInnen haben viel in der Hand, aber sie werden von der Werbung zu gedankenlosem Konsum erzogen. Wichtig wäre deshalb, funktionierende Beispiele von alternativen Systemen publik zu machen. Auf diese Weise könnte zumindest teilweise ein Umdenken stattfinden, was die Grundlage eines sanften Wandels ist. Dieses Umdenken kann man nämlich nur teilweise von oben verordnen. Die Leute müssen selbst ihre Erfahrungen machen und erkennen, dass sie dank Suffizienz auch einiges gewinnen können. Die alternativen Systeme funktionieren bis jetzt aber nur als Nischen, und die Frage ist, ob solche Systeme global gesehen auch funktionieren könnten oder ob sie nur in lokalem Rahmen möglich sind. In diesem Punkt war sich die Diskussionsrunde nicht einig.

Wichtig ist auch, dass wir uns nicht mehr vor allem über den Konsum definieren. Mit diesem schönen Schlusswort beendete die Runde ihre angeregte Diskussion.



Elisabeth Germann
Mitglied kantonalen Vorstand
Luzern

umverkehr-Initiative in Luzern lanciert

Ohne Auto selbst mobil

Seit Ende August werden in Luzern Unterschriften für eine stadtverträgliche Mobilität gesammelt. Weg frei für den öffentlichen Verkehr, für Fussgängerinnen und Velofahrer heisst die Devise.

Die Umweltorganisation umverkehr lancierte ihre Städte-Initiative in Basel-Stadt und Zürich bereits im April dieses Jahres. St. Gallen, Winterthur und Luzern folgten nach den Sommerferien. Die Initiative setzt bei den innerstädtischen Verkehrsproblemen an, da Städte und ihre Agglomerationen immer mehr im Verkehr ersticken. Luzern ist diesbezüglich keine Ausnahme, der Handlungsbedarf ist dringend.

Mit neuen Strassen die alten entlasten ...

Nach dem Willen der Regierung soll das Agglomerationsprogramm den drohenden Verkehrskollaps verhindern. Schlüsselprojekt dieser Strassenbauoffensive ist der sogenannte Bypass: zwei zusätzliche, richtungsgetrennte zweispurige Tunnels zwischen Kriens (Anschluss Nidfeld) und Emmen (Anschluss Ibach). Der Bypass ist als angebliche Entlastung des Stadtzentrums Luzern eine Fehlinvestition, die erwartete Verringerung der Lärm- und Luftbelastung eine Illusion. Das Mammutprojekt könnte für rund 2 Milliarden Franken zusätzliche Kapazitäten von lediglich gut 20 Prozent auf der innerstädtischen Autobahn schaffen. Dies entspricht dem heutigen PW-Transit-Anteil. Es wäre eine Frage der Zeit, bis diese Kapazitäten nicht mehr ausreichen würden – neue Strassen führen bekanntlich zu mehr Verkehr.

... oder umverkehrRen?

Es geht auch viel günstiger und erst noch schneller. Im städtischen Raum sind die Alternativen zum fossilen Vehikel Auto dank der hohen Siedlungsdichte ideal. Öffentlicher Verkehr (öV) und Langsamverkehr sind um ein Vielfaches effizienter als der motorisierte Individualverkehr. Hier setzt die Städte-Initiative an.

Der Anteil von FussgängerInnen, Velofahrenden und öV-Benutzenden soll in den nächsten 10 Jahren um 10 Prozentpunkte erhöht werden. Als Massnahmen explizit erwähnt werden: ein attraktives und sicheres Fusswegnetz, durchgängige Velorouten, Ausbau des öV und konsequente Busbevorzugung. Im Weiteren darf die Kapazität der Haupt- und Hochleistungsstrassen nicht zunehmen. Um die finanziellen Mittel effizient einzusetzen, soll der Ausbau des öV schliesslich nicht konkurrenziert werden. AutofahrerInnen sollen ja zum Umsteigen bewegt und der Modal Split verbessert werden.



Deshalb jetzt unterschreiben!

Damit die Initiative zustande kommt, braucht es in Luzern 800 Unterschriften. Der städtische Vorstand der Grünen hat bereits im Frühling beschlossen, die Initiative tatkräftig zu unterstützen. Deshalb liegt für die Stadtbewohnerinnen und -bewohner ein Unterschriftenbogen bei. Die Initiative wird von vielen weiteren Organisationen mitgetragen, Details stehen auf dem Bogen. Bis Ende September soll die Initiative stehen – so das ehrgeizige, aber durchaus erreichbare Ziel der umverkehr-Regionalgruppe Luzern.



*Alain Greter
Kantonsrat, Mitglied städt. Vorstand
Luzern*

P.S. Der Unterschriftenbogen kann auch auf unserer Website www.gruene-luzern.ch heruntergeladen werden, und wer beim Sammeln helfen möchte, kann sich bei luzern@umverkehr.ch melden.

Spotlight

Hand-Arbeit im kantonalen Vorstand

Normalerweise bestimmen gewichtige politische Inhalte und strategische Fragen die Traktanden des kantonalen Vorstands. Nicht so am 9. Juni 2008, einer der letzten Sitzungen vor der Sommerpause: Der 13-köpfige Vorstand wurde zum ersten Mal vom neuen Co-Präsidium begrüsst und gleich zur Hand-Arbeit aufgefordert. In der nächsten halben Stunde wurde etikettiert, gefalzt, eingepackt und zugeklebt. Mittendrin sass die Sekretärin und freute sich über die Geschwindigkeit, mit der sich die Kuverts füllten. Nach der Einpackaktion wandte sich der Vorstand wieder der Politik zu: Wo setzen wir in der Migrationspolitik Schwerpunkte? Wie bauen wir für die ländlichen Regionen eine Arbeitsgruppe auf? Und: Zu welchem Thema wollen wir unsere nächste Initiative lancieren?



Natalie Kamber
Sekretärin Grüne Luzern
Luzern

P.S. Versendet wurde am 9. Juni ein Aufruf an unsere Mitglieder, die kantonale Initiative «Für faire Prämienverbilligung» zu unterschreiben. Diese Initiative ist mittlerweile zustande gekommen und wurde Mitte August von der SP mit 4'050 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Wir danken allen Grünen, die mitunterschieden haben.



Samuel Kneubühler (links) und Raphael Fischer



Eva Zihlmann, Philipp Federer, Elisabeth Germann und Jozef Bodlak (von links nach rechts).

archinatura
Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Naturnahe Neu- und Umbauten aller Art	Geniale Holz- und Leimbauten
Low-Tech-Bauten	Umfassende Bauplanung und Bauleitung
Orientierung an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundofen mit Hypokaustenwänden	Atmungsaktive Baukonstruktion
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Naturfarben, Kalk- und Lehmputze
Dachbegrünung und Naturgärten	Harmonie in Form und Farbe
Äusserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen

Sie haben Fragen zu Ihren Neu- oder Umbauprojekten? Wir beraten Sie gerne!

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil
041 937 19 18 info@archinatura.ch www.archinatura.ch



Das neue und das alte Co-Präsidium arbeiten Hand in Hand: Katharina Hubacher und Michael Töngi.

Neu im Sekretariat:

Herzlich Willkommen, Christian Fischer

Wer an der diesjährigen GV in Emmenbrücke dabei war, hat ihn bereits kennen gelernt: den neuen Sekretär der Grünen Luzern. Christian Fischer ist 27 Jahre alt, arbeitet Teilzeit beim Hilfsverein für Psychischkranke und lebt in Emmenbrücke. Die RundBrief-Redaktion hat ihn gebeten, sich unseren Leserinnen und Lesern kurz selbst vorzustellen.

Schiff ahoi! Mitte Juli bin ich ins Boot der Grünen aufgenommen worden. Guten Tag, hallo oder eine sonstige Begrüssung von meiner Seite. Mein Name und mein Alter sind euch bereits bekannt. So frage ich mich, welche weiteren Kennzahlen und Informationen ich euch an dieser Stelle preisgeben möchte.

Da Papier praktisch alles annimmt und ich noch nicht lange an Bord bin, halte ich mich kurz. Denn früher oder später werden wir uns hoffentlich persönlich begegnen. Darauf freue ich mich! Denn dann werden die vielen engagierten Gesichter der Grünen für mich auch einen Namen bekommen.

Neben diesen Begegnungen freue ich mich auf die Vielfalt der Aufgaben im Seki und auf Höhen-, aber auch Tiefflüge. Die eine Sorte in möglichst hoher, die andere in möglichst geringer Anzahl. Ihr wisst schon, was ich meine!

Wie auch immer, ich hoffe nahtlos an die Arbeit meines Vorgängers Jonas Ott anzuknüpfen und neben euren Leistungen meinen Beitrag für eine menschen- und umweltfreundliche Politik zu leisten. Natürlich strebe ich nicht eine Reproduktion von Jonas an, denn allen Menschen, ob reich oder



arm, schwarz oder weiss, jung oder alt, ist eines gemeinsam: Sie sind einzigartig! Genauso wie der Planet, auf dem wir leben dürfen.

Nochmals zurück zu meiner Person: Nach einer Lehre als Drogist und der Berufsmatura habe ich schon bald das Studium in Sozialer Arbeit in Angriff genommen. Hin und wieder habe ich natürlich auch mal gearbeitet, doch bald zog es mich in die Ferne. Während sechs Monaten habe ich das Privileg Reisen im südostasiatischen Raum gelebt. In meiner Freizeit fröne ich mit grosser Passion dem Handballsport, verbringe Zeit in der Natur und mit Freunden oder lese gerne ein gutes Buch.

So weit so gut, ich habe mir vorgenommen, mich kurz zu halten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit euch. Falls ihr Fragen habt, wisst ihr ja, wo ich zu finden bin.

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert
Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Die mag mich!

Ein erfolgreiches Duo geht
Danke schön!



Rosa Rumi und Michael Töngi wurden im Juni an der GV 2008 als Co-Präsidium verabschiedet. Sie können auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken. Dass wir Grünen in Luzern wieder siegen, wie bei den Wahlen 2007, hat auch mit der Parteiführung zu tun.

Den Anfang nimmt die erfolgreiche Geschichte mit einer Wahlniederlage. Bei den Grossratswahlen im März 2003 verlor Rosa Rumi wegen schwachen Listenstimmen – und nicht etwa wegen ihres persönlichen Resultates – den Grossratsitz an die SP. Aus heutiger Optik muss dies als glücklicher Nebeneffekt bewertet werden, denn Rosa liess sich im Mai zur Co-Präsidentin zusammen mit Roni Vonmoos wählen.

Ein ruhiger Start und dann gings los

An der GV des darauffolgenden Jahres erhielt sie mit Michael Töngi einen neuen Co-Präsidenten. Den beiden war ein kurzer ruhiger Sommer beschieden. Dann ging es aber richtig los: Im November 2004 erfolgte die Nomination von Louis Schelbert zum Regierungsratskandidaten und ein kurzer heftiger Wahlkampf mit noch nie da gewesener parteipolitisch breiter Unterstützung. Die Fäden liefen im Sekretariat und im Co-Präsidium zusammen. Im Jahr darauf wurde die Energieinitiative «Weg vom Oel» lanciert und 2006 das Referendum gegen die Steuergesetzrevision. In diese Zeit fielen bereits die Vorbereitungen zu den Grossratswahlen.

Die Leitung einer Partei bedeutet eine Herausforderung in vielerlei Hinsicht, was die beiden auch bald bemerkt haben dürften. Sie mussten schwierige Entscheide durchziehen, unzählige Sitzungen vorbereiten und leiten, über die Parteiorganisation nachdenken, Personal führen und einfach präsent

sein. Gefragt waren immer wieder Planung und Visionen für die Parteimitglieder. Zu der wohl anspruchsvollsten Aufgabe gehörte die Motivation von Freiwilligen, sei es für Unterschriftensammlungen oder für eine Kandidatur.

Michael und Rosa ein erfolgreiches Duo

Michael und Rosa haben sich ausgezeichnet ergänzt, auch weil sie eine Rollenteilung vorgenommen haben – vielleicht das Erfolgsgeheimnis ihres fünf- bzw. vierjährigen Wirkens.

Michael war für die Kommunikation zuständig und hat die zahlreichen Unterschrifts- und Wahlkampagnen konzipiert und organisiert. Eine Stärke waren dabei seine Überzeugungskraft, wenn es darum ging, Mitglieder für eine Kandidatur zu gewinnen. Rosa engagierte sich wirksam auf der Landschaft. Sie war massgeblich daran beteiligt, dass in Willisau und in Sursee wieder aktive Gruppen politisieren. Dank ihr kam es auch zu erfolgreichen Grossratslisten in den beiden Ämtern. Mit ihrer Regierungsratskandidatur brachte sie es zur nationalen Bekanntheit.

Herzlichen Dank

Zum Schluss möchte ich im Namen aller danken für

- die Vorbereitung von unzähligen Vorstandssitzungen
- die Leitung vieler Versammlungen
- die Teilnahme an unzähligen Koordinationssitzungen und Abstimmungskomitees
- die Unmengen von Telefonanrufen
- und die vielen Stunden, in welchen ihr an die Grünen gedacht habt, um sie voranzubringen.

Es hat sich gelohnt. So erfolgreich waren wir seit 1987 nicht mehr. Ein ganz herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit.



*Heidi Rebsamen
 Kantonsrätin Grüne
 Luzern*

Grüner Pfeffer

Auf die Offroader-Initiative der Jungen Grünen reagiert Gölä im «Blick» verärgert: **«So was kommt nur einem in den Sinn, der selber nicht arbeiten muss!»** Da werden die Offroader-Gegner als arbeitsfaul abgestempelt. Wer Velo fährt, arbeitet doch schweisstreibend. Dagegen leistet Gölä nicht einen Hauch von Arbeit, wenn er mit seinem Toyota-4-Runner die Energiesklaven arbeiten lässt. Dafür tauschen andere Schweizer Prominente ihre Protzkarren gegen kleinere umweltfreundlichere Modelle ein: Cécile Bähler, Stress und Lolita Morena haben es vorgemacht.

Der SVP-Sympathisant Gölä lässt auch drei SVP-Einwohneräte alt aussehen. Die FanArena GmbH hat ein finanzielles Problem. «Wir werden nicht darum herkommen, die Bilanz zu deponieren», bestätigt Reto Bieri. Zusammen mit seinen Emmer Kollegen Hofstetter und Haller hat er die Firma gegründet, welche während der Euro 08 in der Luzerner Swiss Life Arena eines der grössten Public-Viewings der Zentralschweiz organisiert hat. Grund für den Konkurs ist u.a. Gölä. Er ziehe einfach nicht mehr genug Publikum an, selbst nicht in die Fussballarena, bilanzierte Reto Bieri. Das kleine EM-Studio auf der Ufschötti hingegen weist einen Gewinn aus. 40'000 Franken werden einem Projekt für Strassenkinder übergeben.

56 % der Stadtluzerner Stimmberechtigten sagten Nein zum Reusswehr-Kredit. Als einzige städtische Partei gaben die Grünen die Nein-Parole aus. **Die Grünen haben also ein besseres politisches Gespür als alle anderen städtischen Parteien.** Der

kantonale und der städtische Baudirektor erblasseten am Tag der Abstimmung. Sie müssen nun eine Vorlage gegen den Willen der Hauptbetroffenen durchsetzen. Selbst einige kantonale Grüne mussten sich fragen, warum sie im Kantonsrat so klare Verhältnisse hatten (vier Stimmen dagegen) und jetzt die Mehrheit der Seeanstösser Nein stimmten. Die Grünliberalen reihten sich mit ihrer ersten kantonalen Abstimmungsparole gleich in den Chor der anderen Parteien mit ein.

Nicht schlecht staunte ein grüner Italienbesucher an der etruskischen Küste. Sein Velohotel lag direkt neben einer Gemeindeanlage. Jeden Abend erklang Musik und Geplauder – eine grosse Feststimmung. Das machte neugierig. In jedem grösseren Dorf der Toskana wurden linke Partefeste gefeiert. **Die Feste dauerten im Schnitt eine Woche** und waren der reinste Publikumsmagnet. In der Schweiz unvorstellbar: feiernde Parteien, tanzende Dörfer (bis tausend Personen), viele Betagte und alles unter dem Gedanken der Einheit der Linken.

Nun will Aldi im Gebiet Perlen ein Logistikzentrum errichten (vgl. Neue LZ vom 16.8.08). Für die zusätzlichen 300 Lastwagen täglich soll eine Umfahungsstrasse gebaut werden. **Wann hört das endlich auf**, dass die Öffentlichkeit auf diese Weise Unternehmen subventioniert? Schon Ebisquare ist eine Zumutung – 120 Mio. Franken für einen französischen Investor. Diese Art von finanzieller Unterstützung muss verhindert werden: Schluss mit der Aldisierung!

Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung,
hilft Stress und Burn-out vorzubeugen,
eignet sich als Therapie
bei körperlichen und psychischen
Beschwerden



Brida Rüttimann
Praxis für Zen Shiatsu
Winkelriedstr. 30
6003 Luzern
Telefon 041 210 20 00
Kassenanerkant



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Autofrei, kinder- und familien-
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein-Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebisbalm.ch
E-Mail: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H 
_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Agenda

September

- Fr 05. 20.00 Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
- Di 09. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 22. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- So 28. Abstimmungssonntag
- Mo 29. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Oktober

- Fr 03. 20.00 Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 13. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 20. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

November

- Mo 03. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Fr 07. 20.00 Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
- Di 11. 19.30 Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
- Mo 24. 19.30 Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Hinweis

«woche der migrantInnen» in Luzern

Vom 8. bis 14. September findet eine gesamtschweizerische «woche der migrantInnen» statt. Sie soll die Türen für eine offenere Migrationspolitik aufstossen. Auch in Luzern zeigt eine Vielfalt von Veranstaltungen, dass wir alle zusammen die Schweiz sind, egal ob mit oder ohne roten Pass.

Thematisiert werden die politische Partizipation von MigrantInnen, die aktuelle Lage der Asylsuchenden in Luzern und das Leben von schwarzen Menschen in der Schweiz. Von früher erzählt ein Film über die spanischen MigrantInnen in den 60er Jahren. Gäste aus Frankreich berichten vom internationalen Widerstand und dem Streik der Sans Papiers. Die Veranstaltungen sind auch eine Einstimmung auf die nationale Demo «Bleiberecht für alle!» am Samstag, 13. September, in Bern.

Programm und mehr Infos unter www.ohneuns.ch